

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

A 091/2007 (DDI)

Auftrag René Steiner (EVP, Olten): Familienverträglichkeitsprüfung (26.06.2007)

Gestützt auf Artikel 22 Verfassung des Kantons Solothurns, wonach der Kanton sich verpflichtet, die Familie in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und zu fördern, wird der Regierungsrat gebeten, eine Familienverträglichkeitsprüfung gesetzlich zu verankern. Diese überprüft die Rechtsetzung sowie das staatliche Handeln allgemein daraufhin, wie die Auswirkungen der staatlichen Tätigkeit auf die Familien sind und ob sie den Erfordernissen der Familien entsprechen. In jeder Botschaft zu einem Gesetz, welches die Gesellschaftsordnung (Sozialversicherungen, Finanzen und Steuern, Erziehung und Bildung, Wohnen, Arbeitswelt u. a.) betrifft, ist ein Kapitel speziell den Auswirkungen, den möglichen Nebenwirkungen und späteren Folgen der beantragten Massnahmen für die Familien zu widmen.

Weiter soll evaluiert werden, ob zum Vollzug dieser Familienverträglichkeitsprüfung oder generell zur Förderung der Familie ein kantonales Familienmonitoring eingeführt werden soll, das regelmässig die Situation der Familien im Kanton evaluiert.

Begründung (26.06.2007): schriftlich.

Familien sind die natürliche und grundlegende Einheit unseres Staates. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Familie ist zwar schwer zu beziffern aber unbestritten. Wenn die Familie ihre Aufgaben nicht mehr erfüllt, wird es auch für den Staat teuer. Das staatliche Handeln muss darum mit den Bedürfnissen der Familien vereinbar sein.

Zum Schutz und zur Förderung der Familien sind heute besondere Anstrengungen gefragt. Der Zusammenhalt der Familien und damit die Integration der Gesellschaft sind in hohem und rasch zunehmendem Masse gefährdet. So verzeichnen Familienberatungsstellen einen rasch steigenden Beratungsbedarf in Ehe- und Erziehungsfragen. Auch der starke Anstieg des Alkoholkonsums bzw. der Kriminalität unter Jugendlichen sprechen eine deutliche Sprache. Und schliesslich sind auch die sinkenden Kinderzahlen und dass Kinder zum Armutrisiko geworden sind ein klares Signal, dass Handlungsbedarf besteht.

In der gesetzgeberischen Tätigkeit des Staates ist insbesondere darauf zu achten, dass Benachteiligungen der Familien vermieden werden bzw. eine koordinierte Förderung der Familien in allen Bereichen erfolgt. In jeder Gesetzesvorlage werden routinemässig die finanziellen Auswirkungen deutlich gemacht. Der Kanton Baselland hat eine KMU Verträglichkeitsprüfung des staatlichen Handelns eingeführt. Genauso konsequent müssen in Zukunft alle Vorhaben aus Sicht der Familie gesehen werden.

Unterschriften: 1. René Steiner, 2. Alfons Ernst, 3. Chantal Stucki, Beat Allemann, Jakob Nussbaumer, Kurt Bloch, Adrian Flury, Rolf Späti, Stefan Müller, Willy Hafner, Hans Abt, Thomas A. Müller, Martin Rötheli, Roland Heim, Pirmin Bischof, Andreas Riss, Konrad Imbach. (17)